



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0888290

P/KV/174 - 3. August 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 3

Sperrfrist bis Mittwoch,
den 3. Aug. 1960, 24.00 Uhr

Mut zum Umdenken

156

Von Waldemar von Knoeringen,
Mitglied des Präsidiums der SPD

* * *

4 - 5

Zind ...

58

- oder das Zartfühlende in Herrn Schäffer
Von W. Jansen

5

Und immer wieder Ecyde-Sawade

30

Skandal ohne Ende

6

Eine Aufgabe für den Bundesarbeitsminister

48

In der Bundesrepublik steht das
zentrale arbeitshygienische Institut

7 - 8

Sozialdemokraten in der Verantwortung
Aufbauleistungen in deutschen Städten

Lünen - eine Stadt erneuert sich!

86

Von Oberbürgermeister Adolf Stock

* * *
* * *

3. August 1960

Sperrfrist bis Mittwoch,
den 3. August 1960, 24,00 Uhr

Mut zum Umdenken

Von Waldemar von Knoeringen,
Mitglied des Präsidiums der SPD

Nach der Bundestagsdebatte vom 30. Juni hat die CDU/CSU den Vorwurf erhoben, die SPD betreibe nur Taktik. Der Hunger der Sozialdemokraten, endlich einmal vom Tisch der Macht zu essen, und die für den Gewinn der Macht erforderliche Taktik sollen nach den Worten der CDU allein die Politik der SPD bestimmen. Um es vorwegzunehmen: wir Sozialdemokraten sind nicht die Epigonen der CDU. Es wäre verhängnisvoll, würde sich die SPD nur noch mit dem taktischen Manöver begnügen. Sie hätte dann aufgehört, sozialdemokratisch zu sein. Taktik allein ist für uns keine Politik; aus moralischen und aus politischen Gründen. Die SPD war immer eine Partei, die ihre Grundsätze niemals zum bloßen Instrument der Macht erniedrigte. Macht allein ist nicht alles. Der Unterschied der SPD zu anderen Parteien, ja, der politische Gehalt des freiheitlichen Sozialismus, bestand und besteht stets im Willen, die Gesellschaft zu formen, im Willen, eine soziale Ordnung zu schaffen, die dem Menschen ein höchstmögliches Maß an Gerechtigkeit sichert. Dazu braucht die SPD die legitime Macht.

"Konservative CDU"

Wir erleben heute einen in der Geschichte beispiellosen dynamischen Prozeß, der unter dem Druck gewaltiger Spannungen die Welt verändert. In diesem Zeitalter des Übergangs war die gegenwärtige Regierungspartei, die CDU/CSU, leider nur allzu oft in wichtigen Fragen ein geschobenes Element der Geschichte.

Während Amerika neue Grundlagen der geistigen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus sucht, droht die deutsche Politik einen nackten Pragmatismus zu verfallen. Die Frage "Wohlstand- und was sonst?" wird seit Jahren stereotyp mit den Worten "Adenauer und militärische Sicherheit!" beantwortet. Hinter dem goldenen Vorhang des wirtschaftlichen Aufstiegs, der alle Industrieländer erfaßt hat, reduzierte die konservative CDU die Verantwortung aller für den Staat auf einen Mann und den Slogan "repräsentative Demokratie", der auch den Vorwand lieferte, die Stimme der Opposition zu mißachten. Die Routine der Wohlfahrtsfreiheit steht in höherem Ansehen als der gesellschaftspolitisch-kritische Intellekt, der nicht in Freiheitsroutine erstarrt ist, sondern den Willen hat, aus Leidenschaft zur Freiheit die Gültigkeit ihrer Postulate täglich neu zu überprüfen. Wenn die CDU unsere Freiheit verteidigen will, dann muß sie wissen, daß ein dem Kommunismus überlegenes Gesellschaftssystem mit eigenem Gewicht nur auf den Grundlagen der sozialen Demokratie errichtet werden kann.

Neue Aufgaben

Was ist in dieser Situation die politische Auffassung der SPD? Bei aller Einsicht in die Notwendigkeit des militärischen Rüstungsgleichgewichts in der Welt wäre es ein großer Trugschluß, die militärische Komponente als entscheidendes Element unserer Sicherheit gegenüber

dem Kommunismus zu weichen. Man sollte nicht verkennen, daß trotz des angeverbreitenden Lärms, den die ständige Umrüstung in der Welt verbreitet, häufig jene Faktoren übersehen werden, die die militärische Macht jeden Tag mehr ad absurdum führen und die militärische Macht zur Ohnmacht werden lassen. Die traditionelle Bewertung der militärischen Macht als alleinige Sicherheitsgarantie könnte selbstmörderisch sein. Es wäre deshalb falsch, die Politik der SPD nur aus dem Blickwinkel ihres Verhaltens in der Bundestagsdebatte vom 30. Juni zu betrachten.

Diese Einsicht hat Parteivorstand und Parteirat der SPD veranlaßt, bereits im Januar 1960, also vier Monate vor der gescheiterten Gipfelkonferenz, in ihrer Dokumentation über die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus festzustellen:

"Die seit Jahren immer massiver werdende Herausforderung zum "friedlichen Wettbewerb" mit dem Kapitalismus ist eine neue Form der weltpolitischen Strategie des sowjetischen Kommunismus. Ihr Ziel ist nicht das friedliche Nebeneinander von Staaten und verschiedenen Regierungssystemen, sondern die Unterminierung und Aufweichung der westlichen und die Ausweitung und Festigung der sowjetischen Macht. Diese Strategie beruht auf der Einsicht in die Bedingungen und Möglichkeiten einer sich immer mehr entfaltenden industriellen Gesellschaft und in die Umwälzungen, die sie im machtpolitischen Raum hervorgerufen hat. Die Sowjetunion weiß, daß - zwischen Weltmächten - Krieg aufgehört hat, das entscheidende Mittel zur Errichtung der Vorherrschaft zu sein. Infolgedessen verlagert sich das machtpolitische Ringen auf andere Ebenen".

Die USA und der Kommunismus

Die gegenwärtige Regierungspartei in Amerika hat diese Auffassung der SPD bestätigt, als ihr Präsidentschaftskandidat, Vizepräsident Nixon, eine große amerikanische Wirtschaftsoffensive vorschlug, die alle nichtmilitärischen Auslandsprogramme, technische Hilfe und andere Formen der Unterstützung zusammenschweißen sollte. Die Bedrohung durch den Kommunismus, sagte Nixon, sei dort am stärksten, wo die Sowjetunion und ihre Satelliten vorgäben, Vorkämpfer des Friedens zu sein. Das größte Problem sei es, das Volk über den Charakter jener Aggression aufzuklären, die ohne Krieg stattfindet. Auch der Präsidentschaftskandidat der Demokraten, Kennedy, betonte in seiner Grundsatzerklärung den Gedanken der nichtmilitärischen Auseinandersetzung. Die USA erstreben, was die SPD seit Jahren von der Bundesregierung fordert: eine dynamische Außenpolitik.

Schwerpunkt Vereinte Nationen

So betrachtet ist die von Aufstand und Schrecken begleitete Geburt der Kongo-Republik mehr als ein Abschied von der Kolonialherrschaft des weißen Mannes. Alle Staaten der freien Welt müssen sich bemühen, die farbigen Untertanen von Gestern als demokratische Partner für das Morgen zu gewinnen, soll der Kommunismus nicht durch ein primitives Rechenexempel, die Addition Asiens und Afrikas zum Ostblock, die Welt erobern. Der Aufbau der Entwicklungsländer ist nicht nur materiell zu sichern. Um zu verhindern, daß der Kommunismus an Boden gewinnt, muß die Gesellschaftsordnung der freien Welt wie ein Magnet auf die Völker Asiens und Afrikas ausstrahlen. Militärische Bündnisysteme werden die Entwicklungsländer nicht von einer besseren gesellschaftlichen Lebensordnung der westlichen Welt überzeugen. In dieser Form der Auseinandersetzung liegen die Schwerpunkte der Politik nicht bei der NATO, sondern

bei den Vereinten Nationen, entscheidet nicht die militärische Strategie, sondern die Gesellschaftspolitik. Zwischen dem von Chruschtschow zertrümmerten Gipfeltreffen und der Möglichkeit neuer Gipfelkonferenzen entfaltet sich die Hoffnung, daß die wachsende moralische Stärke der Vereinten Nationen durch das Einzukommen der ehemals kolonialen Welt sich wandelt zu einer neuen moralischen und politischen Macht.

Die Entwicklungsländer wünschen schnellen Anschluß an den Lebensstandard der Industriegesellschaft. Militärische Rüstung, die diesen Anschluß verzögern würde, liegt nicht in ihren Interesse. Ein mit Hilfe der Entwicklungsländer über die UNO ausgeübter Druck mit dem Ziel, eine allgemeine kontrollierte Abrüstung zu erzwingen, verspricht einen Ausweg aus dem Teufelskreis von Sicherheitsstreben und damit verbundener Rüstung. Hier liegt auch eine Chance für das deutsche Volk, das bei noch so starker Rüstung in einem künftigen Krieg mit am wenigsten die Chance hat, zu überleben.

Im Godesberger Programm der SPD steht der Satz:

"Die Vereinten Nationen müssen die allgemeine Weltorganisation werden, die sie ihrer Idee nach sein sollen... Als Schritte auf dem Wege zu einer allgemeiner Abrüstung und zur Entspannung internationaler Beziehungen sind regionale Sicherheitssysteme im Rahmen der Vereinten Nationen aufzubauen".

Die SPD hat diesem Gedanken ihres Programms bisher zu wenig Gewicht gegeben. Diese Sätze müssen in der täglichen Aussage der Partei stärker zur Geltung kommen. Die Sozialdemokratie darf sich von niemand übertreffen lassen, diesen mitreißenden, Hoffnung erweckenden Gedanken ins Volk zu tragen, besonders aber gilt es, die junge Generation dafür zu gewinnen.

Was versäumt wurde und was zu tun ist

Der Bundestag wird sich nach der Sommerpause mit der neuen weltpolitischen Situation befassen müssen. Die Sozialdemokratie wird in der Debatte über die nichtmilitärische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus der CDU klare Fragen zu stellen haben. Sie wird hinweisen müssen auf das, was versäumt wurde und auf das, was zu tun ist. Die SPD wird auch die Probleme der Krise des Föderalismus von den Ländern her aufwerfen müssen. Die Funktion der Länder als Träger der Bildung und die Ausbildung unseres Volkes muß im Rahmen der geistigen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus gesehen werden. Der Grad der politischen Bewußtseinsbildung in unserem Volk ist das entscheidende Kriterium für Leben oder Untergang der Demokratie und der Freiheit.

In dieser Diskussion wird die SPD die Probleme der Gesellschaftspolitik des 20. Jahrhunderts in aller Breite aufrollen müssen. Es bleibt noch die beurrnigende Frage, ob die freie Welt die ideologische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus zu führen imstande ist. Der Kommunismus ist heute eine Glaubensbewegung. Er spricht von Koexistenz, die so lehrt er- nach dem Gesetz der Geschichte abgelöst werden soll von der kommunistischen Weltherrschaft. In der Auseinandersetzung mit der kommunistischen Ideologie sind wir jedoch nicht ohne Chance. Wir können sie von unserer Seite führen mit einer jungen Generation, deren Kühle, aber auch oft leidenschaftliche Sachlichkeit nicht verwechselt werden darf mit reinem Materialismus.

Eine geistige Auseinandersetzung kann man weder durch Kanzlerworte noch durch einen Parlamentsentscheid beschließen. Wir sollten deshalb alles tun, um unserer jungen Generation die Fähigkeit zu vermitteln, die freie Welt mit der kommunistischen Diktatur kritisch zu vergleichen. Unsere Antwort auf die kommunistische These zweier feindlicher Machtblöcke in der Welt ist die Forderung nach einer weltweiten Föderation im Rahmen der Vereinten Nationen, getragen von dem Willen der Freiheit aller, aber auch die Unantastbarkeit der Menschenwürde jedes einzelnen zu garantieren. Das Ziel des Kommunismus ist die absolute Weltherrschaft. Wir setzen dagegen die Alternative: Vereinte Nationen in sozialer Gerech-

Zind...

Von W. Jansen

Wenn man Schäffer heisst und Bundesjustizminister ist, dann geht es einem leicht wie jenem Bühnenhelden, dem "zwei Seelen, ach, in seiner Brust" wohnen. Sofern es sich um demokratische, zum grössten Teil sogar christdemokratische Länderchefs handelt, ist bei der Brückierung mit einem Fernsehvertrag äusserste Rücksichtslosigkeit am Platze. Sofern es sich um den unbellehrbaren Nationalsozialisten Zind handelt, kann man gar nicht zartfühlend genug sein.

Es hiesse Eulen nach Athen tragen, wollte man noch näher beschreiben, wer Herr Zind ist. Dass er nichts dazugelernt hat, bewies er durch eine Postkarte, die er wenige Tage vor seiner Verhaftung von Karlsruhe nach Bonn sandte. Dort ist eine Wandschmiererei fotografiert, eine Fledermaus darstellend und die Inschrift "The bat was here 1959". Davor: Adolf Zind, die Finger nach Churchill-Konier zum V (Victory = Sieg) gespreizt. Die Rückseite zieren neben der Adresse miserable Zind-Verse, von denen wir folgenden Auszug den Lesern nicht vorenthalten wollen:

"In Rom, in Tripoli und Wien,
soweit der Welt die Sonne schien,
sah man uralte Kreuze mit Haken
Ihasvers Jünger plagten
weil das Schmieren Freude macht,
und das Herz im Leibe lacht."

Von einem Studienrat hätte man bessere Reime erwartet und man könnte das Geschreibsel als Geschmacklosigkeit abtun, wenn es nicht eben bewiese, dass Herr Zind seine Meinung bis heute nicht geändert hat, und wenn nicht inzwischen der fatale Eindruck entstanden müsste, als tue das Bundesjustizministerium alles, um den gefangenen Herrn Zind nicht zu bekommen.

Da haben die Italiener ihn nun verhaftet, sicher nicht wegen seiner schlechten Verse, auch nicht, weil sie zeigen wollten, dass sie tüchtiger seien als die deutsche Polizei, sondern doch wohl eindeutig, weil sie der deutschen Justiz helfen wollten. Zum allgemeinen Erstaunen erfolgt jetzt aber nicht der Antrag, Herrn Zind auszuliefern, damit er die verdiente Gefängnisstrafe abtrummt. Vielmehr durchstöbern bundesministerielle Juristen in zartfühlender Weise das italienische Strafgesetzbuch nach den Gründen, die die Italiener an der Auslieferung

hindern könnten. Anstelle eines Auslieferungsentrages erfolgt die vorsichtige Anfrage, was die Italiener wohl tun würden, wenn man ihn stellte.

Fürwahr, einem italienischen Justizbeamten müssen merkwürdige Gedanken kommen. Zunächst mobilisiert man "Interpol", setzt die Polizei des ganzen Kontinents in Bewegung, veranlasst die italienischen Polizisten zu einer Verhaftung, um dann die ganz selbstverständliche Forderung, nämlich die Stellung eines Auslieferungsantrages, nicht zu ziehen und stattdessen die Gründe für einen negativen Bescheid zu suggerieren!

Müssen sich die Italiener nicht an die grotesken Versäumnisse deutscher Justizbehörden bei der Flucht Zinds erinnern? Muss ihnen nicht selbst wenn das Bundesjustizministerium das gar nicht beabsichtigt - der Gedanke kommen: die Deutschen wollen den Zind gar nicht haben? Und ihn dann mit Schäffer'scher Begründung ins zweithematische Tripoli statt nach Bonn schicken? Wo ihm dann weiter "Das Herz im Leibe lacht"?

Wenn der Bundesjustizminister sich nicht völlig lächerlich machen und nicht den Eindruck erwecken will, er suche einen Mann zu schützen, der sich noch heute lachend zu den schauerlichsten Verbrechen der Vergangenheit bekennt, dann kann er nur eines tun: Schleunigst die Auslieferung beantragen! Denn in Fragen der demokratischen Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik und ihrer Regierung darf es vor uns selbst und vor der Welt nicht den Schatten eines Zweifels geben!

+ + +

Und immer wieder: Heyde-Sawade

SP - Aus "tatsächlichen und rechtlichen Gründen" hat es die Erste Große Strafkammer des Landgerichts in Flensburg abgelehnt, gegen den vorläufig seines Amtes enthabenen Präsidenten des Landessozialgerichts in Schleswig, Buresch, ein Hauptverfahren zu eröffnen. Buresch war beschuldigt worden, den inzwischen gefassten Euthanasie-"Professor" Heyde, der jahrelang unerkannt in Flensburg lebte und als Gutachter bei Gerichten wirkte, bewusst der Bestrafung entzogen zu haben.

Der Generalstaatsanwalt in Schleswig, Dr. Voss, hat inzwischen gegen den Bescheid der Flensburger Strafkammer Beschwerde eingelegt, und man wird nun sehen, wie sich der Fall entwickelt. Ohne detaillierte Kenntnis der Gründe, die die Flensburger Kammer für ihren erstaunlichen Beschluss ins Feld geführt hat, ist es naturgemäß schwer, eine definitive Stellung zu ihm zu beziehen. Immerhin aber wird man eines sagen müssen: der "Fall Heyde", ohnehin wirklich anrüchig und peinlich genug, erhält einen neuen und hochbrisanten Aspekt, wenn man den Eindruck gewinnen muss, dass bei seiner Verfolgung auch nur ein einziger seiner vielen Verästelungen ohne jene unerbittliche Aufmerksamkeit bleibt, die ihm gebührt.

Wie immer das Gericht in Flensburg den "Fall Buresch" sieht, es sollte sich eines guten Wortes erinnern, das der Oberbundesanwalt Sawade einmal gesagt hat:

"Es gibt Fälle, in denen eine Verurteilung sehr unwahrscheinlich sein mag und trotzdem die Anklage erhoben ist, weil der Prozeßstoff und seine Beurteilung vor den Augen der Öffentlichkeit ausbreitet wird, damit die Öffentlichkeit die Entscheidung mit vollziehen kann."

Dieses Wort gilt in besonderer Weise für Fälle, die, wie der Fall Heyde, den makabren Hintergrund der Nazizeit und ihrer Folgen haben. Es wäre gut, wüsste man, dass in allen deutschen Gerichten gedacht wird, wie der Oberbundesanwalt offensichtlich denkt.

+ + +

Eine Aufgabe für den Bundesarbeitsminister

sp - Im Steinkopff-Verlag, Darmstadt, wird das baldige Erscheinen der Vorträge und Referate in Buchform angekündigt, die anlässlich des "Kongresses für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin 1959" in Dömseldorf gehalten wurden. Damit wird die Erinnerung an diese Tagung wieder wachgerufen, die bei ihrer großen Besucherzahl von 2 500 Personen - äußerlich gesehen - mit so viel Erfolg abgelaufen ist.

Aber schon die Rede des Arbeitsdirektors der Firma Hüttenwerke Oberhausen, Ströhmenger, der in seinen Ausführungen zeitweilig recht harte Worte fand, zeigte schlagartig, daß auf dem Gebiet der Unfallverhütung in Westdeutschland keineswegs alles so in Ordnung ist, wie das äußere Bild des Kongresses es vermuten ließ. Hatte man die Möglichkeit, sich mit den Teilnehmern dieser Tagung zu unterhalten, so stieß man bei vielen Besuchern auf ein gewisses Unbehagen. Abgesehen davon, daß die Techniker über die Fairität des Rundgesprächs "Neuzeitlicher Körperschutz" etwas erstaunt waren, so ist die Beschwerde der Ärzte schon ernster zu nehmen, die bedauerten, daß es nicht möglich sei, wenigstens ein Thema einmal gründlich zu diskutieren. Nun, das könnte man bei einem kommenden Kongreß berücksichtigen. Entscheidend bleibt aber die Tatsache, daß wir in Westdeutschland noch keinen Mittelpunkt zur Bekämpfung von Unfällen und Berufskrankheiten haben. Es gibt zwar ein Staubforschungsinstitut der Berufsgenossenschaften, ein Silikose-Forschungsinstitut der Bergbau-Berufsgenossenschaft in Bochum, ein Staatsinstitut für Staublungsforschung und Gewerbehygiene an der Landesuniversität Münster und schließlich noch das Max-Planck-Institut für Arbeitsphysiologie in Dortmund; aber es fehlt ein zentrales, arbeitshygienisches Institut, das vom Bund getragen und errichtet werden müßte!

Aus dieser Not haben einige Länder, z.B. Bayern, Niedersachsen usw. sich eigene, kleine Institute zu schaffen bemüht. Abgesehen davon, daß diese Einrichtungen eine große wirtschaftliche Belastung der Länder darstellen, liegt es in der Natur der Sache, daß diese Institute nie über eine provinzielle Bedeutung hinaus kommen werden. Niemand wird das Fehlen einer derartigen Einrichtung deutlicher, als bei Besuchen ausländischer Experten, die sich über den Stand der Arbeitshygiene in Westdeutschland orientieren wollen und darauf angewiesen sind, in den Bundesländern umherzufahren, um sich mühsam Unterlagen, die sie interessieren, zu beschaffen.

Ein zentrales Institut könnte der Rückhalt für alle werden, die in Westdeutschland mit dem Arbeitsleben zu tun haben, z.B. Techniker, Gewerbeärzte, Soziologen. Wir besitzen zwar ein "Bundesinstitut für Arbeitsschutz" in Koblenz, aber dieses Institut ist rein personell und sachlich nicht in der Lage, seinen Aufgaben, die sich ja über das gesamte Bundesgebiet erstrecken müßten, voll gerecht zu werden. Es könnte zum Kristallisationspunkt eines zukünftigen zentralen Arbeitshygieneinstituts werden, zu dem natürlich ergänzend weitere Techniker, Gewerbeärzte, Arbeitsphysiologen, Kliniker, Physiker und Chemiker herangezogen werden müßten.

Lünen - eine Stadt erneuert sich!

Von Oberbürgermeister Adolf Stock

Die Legislaturperiode 1956 - 1960 wurde in der Stadt Lünen durch ihre Großbauten gekennzeichnet. Der vor einigen Jahren gefasste Beschluss des Rates, in der Stadtmitte Großbauten zu errichten, nämlich ein Rathaushochhaus, ein Theater, ein Hallenbad und eine moderne Mädchenschule markiert den Durchbruch urbanen, weltoffenen Denkens und Handelns in der Stadt Lünen. Vielleicht wird diese Wendung von manchem Bürger aus romantischer Ehrfurcht vor der Tradition bedauert, aber sie ist nicht mehr rückgängig zu machen, bedeutet doch die Verwirklichung dieser beachtlich kühnen Beschlüsse das Ende des planlosen Wachstums der Stadt. Durch diesen Akt hat sich die Stadt Lünen nunmehr auch äußerlich zu ihrer bereits erfolgten strukturellen und sozialen Veränderung bekant, die mit der Gründung der ersten Industriewerke Anfang des 19. Jahrhunderts begann und die noch keineswegs abgeschlossen ist.

Die Zukunft Lünens wird von der Industrie beherrscht werden. Den Bürgern der Stadt gilt die Aufforderung, ihr die Formen zu geben, die die gesamte Entwicklung gebieterisch fordert!

Bereits 1954 entstand das Hallenbad als erster Teil einer größeren Planung eines Sportzentrums, das den Bedürfnissen einer modernen, aufstrebenden Stadt entspricht. Ein Teil der Treibadanlage hinter dem Hallenbad mit Kinderspiel- und Tennisplätzen ist bereits fertiggestellt, ein großes Stadion in der Planung.

Schon diesen ins Auge fallenden Einrichtungen wuchsen indessen auch in den Außenbezirken der Stadt mit gleicher Großzügigkeit ein Sportzentrum in Lünen-Srambauer und ein Kleinereis in Lünen-Horstmar.

Als nächster Großbau wurde im Sommer 1958 der erste und zweite Abschnitt des Geschwister-Scholl-Mädchengymnasiums bezogen, das von Herrn Prof. Scharoun, Berlin, geplant und entworfen wurde. Man mag diesen eigenwilligen Bau in mancher Hinsicht kritisieren, niemand kann sich aber dem Eindruck dieser Formgebung einer pädagogischen Idee entziehen. Wenn in wenigen Monaten die gesamte Schule fertiggestellt sein wird - der dritte und letzte Bauabschnitt, der noch wissenschaftliche Räume und eine Aula umfaßt, wurde Anfang Juni gerichtet - bildet sie eine nahezu vollkommene Erziehungseinheit, also ein Gymnasium im modernsten Sinne! Im Grundriß stellt eine Synthese der Persönlichkeitsbildung und des Gruppenzusammenschlusses alle baulichen und gestalterischen Hilfsmittel zur Verfügung. Die Ausstattung ist die modernste aller Lünener Schulen. Das Wichtigste drückte einmal eine Besucherin mit folgendem Satz aus: "Die Mädchen dieser Schule sehen aufgeschlossener und freundlicher als in anderen Schulen aus." Rückwirkung der baulichen Formen auf den Menschen? Sicher gibt es diese. Und weil es sie gibt, gehört die Geschwister-Scholl-Oberschule voll und ganz zum neuen Lünen.

Kein ein halbes Jahr nach dieser neuen Schule wurde im Oktober 1958 das neue Stadtheater eingeweiht. Herr Professor Graebner, Hannover, schuf damit das musische Gegenstück zum Entwurf von Herrn Professor Scharoun. Die Notwendigkeit dieses Hauses ist für jeden

3. August 1960

unbestritten, der unter Leben nicht nur die Befriedigung der Forderung, Nahrung, Kleidung und Wohnung versteht. Allein die Besucherzahlen rechtfertigen den Baubeschluss. Naturgemäß hat der Bau des Theaters nicht die Zustimmung aller Bürger gefunden, weil es 6 Millionen D. kostete. Wer aber die Aufführungen seiner oft weltberühmten Gesticole erlebt hat, sagt ohne Einschränkung "ja" zu dieser Tat. Zuletzt sei noch gesagt, daß das Theater nicht nur von vielen Gästen des In- und Auslandes besucht und bewundert wurde, es ist mittlerweile auch den Bürgern der Stadt Lünen ans Herz gewachsen und einfach nicht mehr wegzudenken.

Der letzte Großbau der Stadt Lünen ist das neue Rathaus. Gleichzeitig ist es auch das größte Bauvorhaben. Seine jungen Architekten sind damit schon während der Bauzeit über die Grenzen Deutschlands und Europas hinaus bekannt geworden. Dieser Hochbau steht als Turm inmitten der alten Stadt, weithin sichtbarer Anziehungspunkt, die Achse des kommunalen Geschehens.

Ebenso wie die Scheroun-Schule ist das Rathaus von Busch und Stein eine gestaltende Idee, die in ihren unzähligen Details klaren Geist atmet, Sinnbild und Forderung zugleich. Hier paart sich klassische Einfachheit mit moderner Form. Das großartigste daran ist seine Halle. Neun Säulen zeugen von ruhender Kraft und bilden eine wunderbare Einheit. Durch die bauliche Gliederung gelang es den Architekten, den Raum der Öffentlichkeit, das eigentliche Rathaus, von den Räumen der Verwaltung zu trennen, ohne daß die notwendige Verbindung beider zerriß. So schufen sie ein sichtbares Sinnbild der demokratischen Forderung der Gewaltenteilung. Das neue Rathaus wird damit zum politischen Appell an alle Bürger der Stadt Lünen. Es konnte nur ein Hochhaus sein; sichtbar für alle Bürger der Stadt. Die optische Verbindung zum Schluß des Freikerns von Stein in Kappenberg mag helfen, daß der Geist dieses Mannes in das neue Rathaus einzieht.

Nach Abschluß dieser Großbauten gibt es für die Stadt Lünen keine Stagnation auf dem weiteren Weg ihrer Entwicklung. Neue Volksschulen, Turnhallen, Wohnviertel und Kinderspielflächen sowie die endgültige Sanierung der Innenstadt sind geplant. In Lünen und Westen der Stadt sträben bereits weitere Bauten in den Himmel, ohne Hinterhöfe, umgeben von großer Landschaft wächst Lünen der Sonne entgegen.

Seine Stadt sing an, sich zu erneuern. Noch nie war sie so lebendig und von Bürgern besucht, die mit der Zeit gehen und die mit diesem Geist unserer Zeit erfüllt und durchdrungen sind.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel